

Engpass

Immer länger werden die Warteschlangen in vielen Düsseldorfer Ämtern. Das geht nicht so weiter sagt DIE LINKE.

S.3

Prestigeprojekt

Eigentlich will niemand die U81-Bahn im Norden. Gebaut wird sie trotzdem. Teurer als geplant wird sie auf jeden Fall auch.

S.4

Gesamtschulchaos

Die Ampelkoalition richtet eine neue Gesamtschule ein. Das ist jedoch nur Augenwischerei. Eine richtige Gesamtschule ist nötig.

S.5

Handlungsbedarf

Initiativen stellen einen Forderungskatalog vor. Es gibt etliche Themen bei denen dringend Veränderungen geboten sind.

S.7

Flüchtlinge willkommen!



Foto:flickr/Takver(CC BY-SA 2.0)

Refugees Welcome!

Düsseldorf braucht eine andere Flüchtlingspolitik

Angesichts der Krisenherde in der Welt steigen auch die Flüchtlingszahlen in Düsseldorf deutlich an. Vor einem Jahr lebten rund 1.100 Flüchtlinge in der Stadt, aktuell sind es etwa 2.000, bis zum Jahresende wird die Zahl auf 3.600 steigen. Die Stadt ist mit der Situation überfordert, was zum einen an den schnell steigenden Zahlen liegt, zum anderen aber auch an einer seit Jahren angemahnten fehlenden Planung und Konzeptlosigkeit.

Bei der Schaffung von Unterbringungsplätzen läuft die Stadt dem Bedarf hinterher, was sich auch auf die Qualität der Plätze auswirkt. Mindeststandards gibt es in Düsseldorf nicht, der größte Teil der Flüchtlinge wird in Sammelunterkünften untergebracht. Dort müssen sie auf engstem Raum mit ihnen unbekannt Menschen zusammen leben. Im Durchschnitt verbringen sie vier Jahre in den Sammelunterkünften, einzelne Flüchtlinge sind dort sogar für bis zu zwölf Jahre untergebracht. Ein Leben in diesen Einrichtungen ist aufgrund fehlender Qualitätsstandards, fehlender Privatsphäre und schlechter hygienischer Bedingungen für die Flüchtlinge besonders belastend.

Ein weiteres Problem ist die soziale Betreuung der Flüchtlinge. Der derzeitige

Personalschlüssel in Düsseldorf reicht bei weitem nicht aus, um auf die verschiedenen Problemlagen der Betroffenen angemessen reagieren zu können. Lediglich fünf Stellen zur Betreuung gab es bislang, ein Betreuer oder eine Betreuerin war somit für mehrere hundert Flüchtlinge zuständig. Die Stadt plant eine leichte Verbesserung dieser Quote, angestrebt wird ein Betreuungsschlüssel von 1:200. Doch selbst wenn die Stadt dieses Verhältnis erreicht, wäre es nicht ausreichend. So hat eine Untersuchung der brandenburgischen Arbeitsgruppe „Soziale Beratung und Betreuung“ ergeben, dass ein Mindestschlüssel von 1:80 für erwachsene Flüchtlinge und 1:40 für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge notwendig ist.

Für viele Flüchtlinge kommen ein Arbeitsverbot und ein fehlendes Angebot integrationsfördernder Maßnahmen erschwerend hinzu. Nach Auskunft der Düsseldorfer Wohlfahrtsverbände ist durch die fehlende Beschäftigung bzw. Förderung mit einem Abbau der individuellen Fähigkeiten bis hin zu Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen zu rechnen. Deutschkurse sind zudem notwendig, da Sprache der Schlüssel

zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Sprachkenntnisse erleichtern die Kommunikation, was im Besonderen für einen Umgang mit Behörden und Ärzten hilfreich ist. Die Wohlfahrtsverbände fordern daher wie DIE LINKE ein freiwilliges Deutschangebot für alle in den Unterkünften lebenden Menschen.

Düsseldorf hat im vergangenen Jahr einen Runden Tisch zu Asyl- und Flüchtlingsfragen eingerichtet, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik, Kirche, Sport, Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsunternehmen und Flüchtlingsinitiativen teilnehmen. Dies ist zu begrüßen, allerdings ist auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für weitergehende Verbesserungen notwendig. Anträge der Fraktion DIE LINKE zur Erstellung eines Unterbringungskonzepts und zur Verbesserung der Unterbringungssituation, des Betreuungsschlüssels und des Angebots an Deutschkursen wurden leider von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt.

Auch in Düsseldorf ist eine andere Flüchtlingspolitik notwendig. DIE LINKE heißt alle Menschen, die aus Armut, Hunger und Krieg flüchten mussten, herzlich willkommen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir haben einen neuen Oberbürgermeister. Diesmal ist er von der SPD und heißt Geisel. Und wir haben neue Mehrheiten im Rat. SPD, Grüne und FDP haben eine sogenannte Ampel-Kooperation gebildet. Nicht zu vergessen der neue Haushalt, der im Dezember verabschiedet wurde. Erhalten wir jetzt auch eine andere Politik? Das ist nicht zu befürchten und auch nicht zu erhoffen. In der Wohnungspolitik haben sich Grüne und FDP durchgesetzt. In Neubaugebieten wird es weiterhin eine Quote von maximal 20 % Sozialwohnungen geben. Eine Verordnung gegen Leerstand (bei ca. 14.000 leerstehenden Wohnungen) wird es nicht geben.

Die Verkehrspolitik wird nach wie vor von überflüssigen Großprojekten geprägt. Das Zukünftige heißt U81. In der Sozialpolitik werden Arme und Menschen mit geringem Einkommen ausgeklammert. Bei den Finanzen wird es nach wie vor von Gebührenerhöhungen aber keine Erhöhung der Gewerbesteuer geben.

Aber doch, etwas hat sich schon geändert. Die Stadt Düsseldorf wird nicht mehr als „schuldenfrei bezeichnet“. Nur der „Kernhaushalt“ muss jetzt schuldenfrei bleiben. Und für alles was sich ändern soll, werden erst einmal Gutachten in Auftrag gegeben. Allein das summiert sich auf einen Millionenbetrag. Wir werden weiterhin aus dem Rat und den Ausschüssen berichten und daran arbeiten, dass sich etwas grundlegend ändert.

Ein gutes neues Jahr
Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 899-5123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

35.208 Arbeitslose in Düsseldorf = 11%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im November 2014 bei 26.680 (offizielle Arbeitslosenquote 8,3 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.208 um 8.528 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Gebühren der Volkshochschule senken

Die Volkshochschule ist der größte staatlich anerkannte und geförderte Weiterbildungsanbieter in Düsseldorf. Die Kurse sind allerdings für viele Menschen zu teuer. Sowohl für die persönliche, als auch für die berufliche Entwicklung ist es jedoch notwendig, dass alle Menschen die Möglichkeit zur Weiterbildung haben. DIE LINKE beantragte daher im Schulausschuss eine Ausweitung der bisherigen Ermäßigungen. Zukünftig sollten die Kurse für Studierende, Auszubildende, Freiwilligendienst-Leistende und bei Vorlage der Familienkarte zum halben Preis angeboten werden. Für Vorschulkinder, Schülerinnen und Schüler und Menschen mit geringen finanziellen Mitteln sollten die Kurse kostenfrei sein. Der Antrag wurde abgelehnt.

TTIP und die Fraktionen Chronologie des Verschiebens

Es war einmal eine Freihandelszone, angedacht von den beiden stärksten Wirtschaftsblöcken der Welt. Dieser standen zwar die Gefährdung von arbeitsrechtlichen Normen, ökologischen und sozialen Standards gegenüber, aber die Stärkeren wollen gewinnen. Nur sind die Stärkeren nicht zugleich die Guten wie im Märchen.

Bereits im September 2014 hat DIE LINKE einen Antrag zur Ablehnung der Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA in den Düsseldorfer Rat eingebracht. Damals beantragte die FDP Beratungsbedarf und somit wurde der Antrag in die Oktober-Sitzung verschoben.

Die Bürgeranträge von Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und DGB mit der Forderung, dass sich der Rat gegen die Handelsabkommen aussprechen soll, sollten am 29. Oktober in der Sitzung des Anregungs- und Beschwerdeausschusses behandelt werden. Beide Organisationen wurden auf die Ratsitzung vertröstet, da ja der Antrag der LINKEN auf der Tagesordnung stand. Somit wurden die Bürgeranträge auch nicht behandelt.

Am 30. Oktober war es die SPD, die den Antrag in der Ratssitzung nicht abstimmen wollte. Auf ihre Intention wurde er von der Tagesordnung genommen.

Dieses Verhalten brüskiert den Teil der Düsseldorfer Bevölkerung, der sich damit gegen den Abschluss der Handelsabkommen engagiert. Die SPD stellte sich somit auch klar gegen den BUND und den DGB in Düsseldorf. Nun wird unser Antrag in der Februar-Sitzung behandelt. Wir setzen darauf, dass dieser auch mehrheitlich angenommen wird.

Eine Ablehnung der Handelsabkommen ist notwendig, bevor sie ratifiziert werden. Und wenn dies geschieht, würde dadurch das Gute doch noch seine Anhänger finden und der Stadtrat lehnt die Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA ab - zugunsten der Düsseldorfer.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Die Finschstraße

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die AnwohnerInnen formal unangenehm sein mag. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Die Finschstraße in Urdenbach

In Urdenbach sind Straßen eines ganzen Viertels nach Kolonialisten benannt. Nicht alle waren Kolonialverbrecher, aber deren Wegbereiter. Einer von ihnen ist Otto Finsch.

Nicht nur in Afrika, sondern auch im Pazifik wollten die Deutschen bei der Kolonialisierung mitmischen und nicht das Feld anderen Europäern überlassen. Otto Finsch, Ornithologe und forschungsreisender Kaufmann trug entscheidend zur Inbesitznahme der „Kolonie Deutsch-Neuguinea“ bei. Der Berliner Bankdirektor Adolf Hansemann gründete die Neu-Guinea-Kompanie, ein Konsortium einflussreicher Unternehmer und Bankiers mit dem Ziel, Land für Plantagen zu erwerben. Beauftragt wurde Otto Finsch, das Land zu durchforschen, für die Interessen der Kompanie vorzubereiten und Land zu „kaufen“. Das sah so aus, dass er in Küstennähe Wald roden ließ, die deutsche Handelsfahne hisste und „Geschenke“ aus Europa an die dort lebenden Menschen verteilte.

Deutsche Handelshäuser gründeten nach und nach Niederlassungen.

Im November 1884 hissten deutsche Kriegsschiffe im Hafen von Neu Britanien deutsche Fahnen und nach Verhandlungen mit Großbritannien über die Grenzen wurde laut Kaiserlichem Schutzbrief vom 17. Mai 1885 die Verwaltung und der Besitz der „Neu Guinea Kompanie“ nach Anweisung Bismarcks

an. Doch es wurden vor allem billige einheimische Arbeitskräfte gebraucht, auch Kinder ab 12 Jahren. Die Methoden der Agenten zur Rekrutierung von diesen wurden immer brutaler. Da sich die Bevölkerung nicht so einfach rekrutieren ließ, wurde auch militärisch eingegriffen. Es gab Strafexpeditionen



Deutsche Zwangsmissionierung in der Kolonie Neu-Guinea

deutsches Schutzgebiet. Der dazugehörige Schutzbrief war für die Neuguinea-Kompanie die offizielle Berechtigung zur Ausbeutung des Landes. Das bedeutete, dass das gesamte Land in Besitz genommen werden konnte, um Plantagen anzulegen. Und zwar Land, das keinen rechtmäßigen europäischen oder einheimischen Eigentümer hatte. Allerdings wurde da nicht nach dem Recht der Einheimischen gehandelt, der Besitz von Familien wurde damit gestohlen und somit ganzen Dörfern die Grundlage ihrer eigenen Wirtschaft genommen. Es wurde wie in allen Kolonien gehandelt.

Auf Grund der Weigerung großer Teile der Bevölkerung, auf den Plantagen zu arbeiten, warben die Kolonialisten Arbeitskräfte aus China und Südostasien

von den Kriegsschiffen aus, Dörfer wurden mit Granaten beschossen, Häuser geplündert und BewohnerInnen gefangen genommen. Auch Kollektivstrafen wurden eingeführt. Begründet wurde das mit den „lokalen Sitten“ und „Volkscharakter“ der Einheimischen, dass ganze Dörfer bestraft wurden.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde die deutsche Kolonie von Australien besetzt. Erst 1975 endete die Kolonialzeit als die Insel, als Teil von Papua-Neuguinea, unabhängig wurde.

Otto Finsch war der Wegbereiter des Leidens und der Ausbeutung der Menschen in der „Kolonie Deutsch-Neuguinea“. Es gibt überhaupt keinen Grund, ihn weiterhin in Düsseldorf mit einem Straßennamen zu ehren.

Geldverschwender wird geehrt

Die Stadt Düsseldorf hat einen Joachim-Erwin-Platz!!!

Das Schauspiel, das rund um die Namensgebung vom neuen Oberbürgermeister Thomas Geisel und seiner Partei, der SPD aufgeführt wurde, lässt für die Wahlperiode bis 2020 nichts Gutes ahnen.

Während des Wahlkampfes hat Geisel die Inkarnation von Erwin gegeben. Er wurde nicht müde, zu betonen, wie viel Gutes Erwin als ehemaliger OB für Düsseldorf getan hat und wie sehr er ihn sich zum Vorbild genommen hat.

Wir erinnern uns, was wir Alles Erwin zu verdanken haben.

Zum Beispiel die Arena, deren Bau er mit der Versicherung, sie würde sich selbst tragen, durchgedrückt hat. Seit ihrer Eröffnung im Jahr 2004 hat sie die Stadt zwischen 11 und 15 Mio. Euro pro Jahr gekostet. In den bisherigen zehn Jahren also mehr als die Hälfte ihrer Baukosten in Höhe von 218 Mio. Euro.

Der Umbau der alten Paketpost am Hauptbahnhof hat sich von ursprünglich kalkulierten 38 Mio. Euro um rund 20 Mio. Euro verteuert.

Die Kosten der Wehrhahnlinie wurden ursprünglich auf ca. 360 Mio. Euro geschätzt. Nach den letzten Angaben der Verwaltung werden die Kosten bei min.

840 Mio. Euro liegen. Eröffnet werden soll die Wehrhahnlinie im Februar 2016.



Bei den Blockupy-Protesten wurde der neue Erwin Platz schon mal eingeweiht Foto: ifuriosi.org

Der Bau des Kö-Bogens kostet die Stadt ca. 360 Mio. Euro.

An Folgekosten kann man für die Tunnel der Wehrhahnlinie und des Kö-Bogens für beide Projekte zusammen ca. 30 Mio. Euro pro Jahr rechnen. Das heißt, nicht nur durch die Kosten für den Bau der Projekte wurde das Vermögen der Stadt in den letzten Jahren aufgebraucht, sondern durch die Folgekosten sind enorme jährliche Belastungen für die Zukunft gesichert.

Und nun wird der Mensch, dem wir

dies alles zu verdanken haben, durch die Namensgebung eines Platzes geehrt. Welcher Platz wäre besser geeignet,

als ein kleines Grundstück vor einem Schreibwarengeschäft am Kö-Bogen?

Die SPD, die von Anfang an gegen den Bau des Kö-Bogens eingetreten ist, stimmt ihrem Oberbürgermeister zu und diffamiert damit die BürgerInnen-Initiative, die gegen den Bau eingetreten ist und die massiv von der SPD unterstützt wurde.

Wenn die Ambitionen Erwins mit Geisel wieder ins Rathaus Einzug halten, diesmal mit Unterstützung der SPD, dann gute Nacht Düsseldorf.

Kein Personal

Kein Service

Das Auto anmelden oder eine Geburtsurkunde beantragen – für Düsseldorf BürgerInnen bedeutet dies in der Regel, in der Schlange zu stehen oder übermäßig lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen. Die personellen Engpässe in der Stadtverwaltung – etwa 1000 Stellen sind unbesetzt – führen zu Unterbesetzung in der Kfz-Zulassungsstelle und im Standesamt. Ähnlich sieht es im Gesundheitsamt und der Bauaufsicht aus. So führte die Unterbesetzung im Gesundheitsamt dieses Jahr dazu, dass 800 SchulanfängerInnen ohne die

vorgeschriebene Schuleingangsuntersuchung eingeschult wurden. Erst Wochen später konnte diese nachgeholt werden – es fehlte schlicht an Personal diese fristgerecht durchzuführen.

Um die angebliche „Schuldenfreiheit“ der Stadt zu halten, wurde in den letzten Jahren das Ziel gesetzt, 32 Mio. € im Personalbereich zu streichen. Dieses Jahr gelang dies nur zu Hälfte. Trotzdem ist die Konsequenz dieser Sparpolitik, dass sich in den letzten zwei Jahren die Anzahl unbesetzter Stellen von 624 auf 940 erhöhte. Freie

Stelle werden einfach nicht mehr besetzt. Für die verbleibenden städtischen MitarbeiterInnen bedeuten diese Sparmaßnahmen eine zusätzliche Belastung. Steigender Arbeitsdruck, erhöhte Krankmeldungen oder Überstundenausgleiche führen dazu, dass wiederum mehr MitarbeiterInnen fehlen.

In der Haushaltssitzung des Rates stellte die Ratsfraktion DIE LINKE einen Antrag über die Bereitstellung der Mittel in den Personaletat, um die benötigten Personalkosten zu decken und so einen reibungslosen Ablauf in den Ämtern zu garantieren und die Überbelastung der MitarbeiterInnen zu verringern.

Auch der Personalrat der Stadt Düsseldorf stellt diese Forderung auf und weißt darauf hin, dass allein die Bereitstellung der fehlenden 32 Millionen Euro nicht ausreicht, um alle Stellen zu finanzieren.

Die neue Ampelkoalition beauftragte hingegen die Verwaltung ein Konzept zu erstellen, um die Einsparung der 32 Millionen Euro im kommenden Jahr zu gewährleisten. Umstrukturierung und Effizienzsteigerung sind die Worte, mit denen OB Geisel diese Sparpolitik umschreibt, die für weiteren Stellenabbau und Überarbeitung der städtischen MitarbeiterInnen steht.

Düsseldorf hat einen Mayors for Peace

Auf Initiative der LINKEN wurde schon mehrmals der Antrag in den Rat eingebracht, der Düsseldorfer Oberbürgermeister soll einer der „Bürgermeister für den Frieden - Mayors for Peace“ werden. Dabei handelt es sich um einen weltweiten Zusammenschluss von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die sich für die Abschaffung von Atomwaffen einsetzen. Mehrmals wurde unser Antrag abgelehnt. Vor allem wegen der Beteiligung von zwei Düsseldorfer Unternehmen, Thyssen und Rheinmetall, an den Verbrechen des 1. und 2. Weltkriegs, lassen wir von diesem Antrag nicht ab. Wir beantragten dies erneut: Diesmal mit Erfolg, nun fand unser Antrag die erforderliche Mehrheit. Es ist erfreulich, dass es uns gelungen ist, diesen weltweiten Zusammenschluss um einen „Mayor for Peace“ zu erweitern.

OSD abschaffen

Die Ampelkoalition will das Baretz der MitarbeiterInnen des städtischen Ordnungs- und Servicedienst (OSD) abschaffen. Dass die MitarbeiterInnen des OSD regelmäßig ihre Befugnisse überschreiten und damit rechtswidrig und moralisch verwerflich handeln, daran wird auch der Verlust ihrer Kopfbedeckung nichts ändern. Die Vertreibung von sozial schwachen Menschen, Jugendlichen und aufgrund der Erscheinung nicht erwünschten Personen wird vom OSD ehrgeizig betrieben. So hat der OSD für 2015 die Zielvorgabe 3.500 Platzverweise auszusprechen. Die rechtlich fragwürdigen Personalienüberprüfungen sollen 210.000-mal durchgeführt werden. Der OSD handelt oftmals rechtswidrig, wenn er mit unklaren, schwammigen Scheinargumenten unter der Androhung von Bußgeldern Betroffene von öffentlichen Straßen vertreibt. Der OSD schafft keine Sicherheit sondern beeinflusst das Stadtklima negativ. Die Ratsfraktion DIE LINKE beantragte deshalb zuletzt in der Haushaltssitzung des Ordnungs- und Verkehrsausschusses (OVA) die Auflösung des OSD und damit eine Neuausrichtung der Ordnungs- und Sicherheitspolitik. DIE LINKE befürwortet in diesem Bereich präventive Ansätze und keine repressiven und gewalttätigen „Hilfspolizisten“, wie sich die OSD MitarbeiterInnen gerne geben.



Warten auf dem Amt - kommt öfters vor

Foto: pixelio/Ludwig Wiblishauser

Gremienbesetzung

Nach der Kommunalwahl waren nicht nur die Fachausschüsse des Rates neu zu besetzen, sondern auch Aufsichtsgremien in städtischen Firmen bzw. Firmen mit städtischer Beteiligung oder Institutionen.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat ist die Fraktion der LINKEN mit ihren knapp 5 % der Sitze nicht in allen Gremien vertreten. In die sechzehn Fachausschüsse konnten wir jeweils ein Mitglied der LINKEN entsenden.

Darüber hinaus sind wir in folgenden Gremien vertreten:

- Vorsitz des Wahlprüfungsausschusses Angelika Kraft-Dlangamandla
- Aufsichtsrat der IDR mit Lutz Pfundner
- Aufsichtsrat der Bädergesellschaft mit Georg (Nicki) Blanchard
- Aufsichtsrat der Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH mit Lutz Pfundner
- Verwaltungsrat der Stadtparkasse mit Ben Klar

Eine Skaterbahn mit „Flügeln“

Seit 2007 besteht in der Düsseldorfer Politik Übereinstimmung, dass an der Heidelberger Straße für die Düsseldorfer Jugend eine Skateranlage gebaut werden soll. Immer wieder wurde die Planung verschoben. Immer wieder wurden Planungs- und Baukosten hin und her geschoben. Jetzt meldete sich ein Sponsor: Red Bull. Dieser Sponsor ist nicht unbedingt dafür bekannt, dass er den Breitensport oder die Freizeit von Jugendlichen fördert. Vielmehr sponsert er den Formel-1-Zirkus.

Auch lässt er schon mal Menschen aus dem Orbit mit dem Fallschirm abspringen oder auf Drahtseilen zwischen Wolkenkratzern herumturnen. Dass dabei Kollateralschäden entstehen ist nicht immer zu vermeiden.

Wir sind auf die Bedingungen des Sponsors gespannt. Zu befürchten ist, dass nicht einmal sichergestellt wird, dass die Düsseldorfer Jugendlichen zu jeder Zeit und kostenlos die Skateranlagen benutzen können. Eine Anlage, auf der die Jugendlichen ihrem Sport nachgehen können, reicht da schon. Dafür muss es keine Anlage sein, auf der Weltmeisterschaften ausgetragen werden.

Prestigeprojekt im ÖPNV

Die Stadtbahn U81 im Düsseldorfer Norden in der Kritik

Bald sind alle Geldrücklagen der Stadt aufgebraucht, im Personalbereich „muss“ weiter gespart werden und ein bezahlbares Sozialticket „kann“ sich die Stadt Düsseldorf nicht leisten... Die neu gewählte Ampelkoalition will keine Schulden machen und jammert darüber wie knapp das Geld in der Stadtkasse ist.

Umso unverständlicher scheint es dann, dass die Ampel den Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE ablehnt, den Bau der Stadtbahn U81 zu streichen. Auch wenn schon seit Monaten über dieses neue Großprojekt diskutiert wird – es wäre noch möglich gewesen, den Bau der neuen Linie abzusagen und die geplanten Millionen Euro in sinnvollere Projekte zu stecken.

Die U81 soll eine neue Stadtbahn werden, die perspektivisch die Städte Ratingen und Neuss verbindet. Im ersten Abschnitt soll die U81 den MessebesucherInnen die Fahrt vom und zum Flughafen erleichtern, die AnwohnerInnen sehen für sich hingegen keinen Nutzen.

Dieser erste Bauabschnitt kostet die Stadt voraussichtlich 41,5 Mio. Euro. Auf der vorgesehenen Strecke liegt die Kreuzung Nordstern, die von der geplanten U81 überwunden werden

muss. Unter OB Elbers stand noch zur Debatte, einen Tunnel unter dem Nordstern zu bauen. Dies hätte für die Stadt Mehrkosten von 30 Mio. Euro bedeutet. Die Ampelkoalition hat sich nun gegen die Tunnellösung entschieden und für einen Brückenbau über die Kreuzung. Damit ziehen sie den Ärger der AnwohnerInnen aus Stockum und Lohausen auf sich, die Lärmbelästigungen und einen Wertverlust ihrer Immobilien fürchten.

Dies sind nur die Auseinandersetzungen um den ersten Bauabschnitt. Schon jetzt ist klar, dass die Verbindung der U81 mit der linken Rheinseite auf einen 300 Mio. Euro teuren Brückenbau

hinauslaufen wird. Dieser Brückenbau wird schon jetzt von Umweltverbänden kritisiert, da er massiv Flora und Fauna der Rheinufer angreifen wird.

Die Erfahrungen mit den letzten Bauprojekten der Stadt zeigen, dass die Kosten solcher Vorhaben um mind. 30 % steigen werden. So zuletzt bei der Wehrhahnlinie, die 500 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant gekostet hat. Ob diese Kostensteigerung im Falle der U81 auch von Bund oder Land übernommen würde, ist nicht klar. Es bedeutet viel mehr, dass die Düsseldorfer BürgerInnen die Kosten tragen müssten.



Kö-Bogen und Wehrhahnlinie - ein Milliardenloch - U81 folgt demnächst

Foto: gafas

Mangelnde Transparenz

bei den Haushalten der Bezirksvertretungen

Die Stadt Düsseldorf ist in zehn Bezirke aufgeteilt. In jedem Bezirk sitzen eine Verwaltungsstelle und eine Bezirksvertretung, die sich gemeinsam um die Belange der Menschen im jeweiligen Bezirk kümmern. Dazu erhalten die Bezirke aus dem städtischen Haushalt Mittel, um diese für bauliche Maßnahmen und zur Unterstützung von Vereinen und Organisationen einzusetzen.

Darüber hinaus sollen die Bezirke an den Beratungen zum Haushalt mitwirken. Der Rat entscheidet letztlich über

die Haushaltsansätze, muss sich jedoch mit den Vorschlägen und Anregungen der Bezirke auseinandersetzen. Damit sie das überhaupt können, müssen sie eine geeignete Übersicht über die Mittel, die eingesetzt werden – getrennt nach Bezirken – bekommen. So ist es in der Gemeindeordnung geregelt.

Rein formal kommt die Stadt Düsseldorf dem auch nach. Für jeden Bezirk gibt es eine gesonderte Aufstellung. Allerdings ist in fast 90 % der Positionen nicht zu erkennen, was tatsächlich für

den einzelnen Bezirk vorgesehen ist. Angeblich lassen sich die Positionen nicht aufteilen oder sie dienen nur der Information. Deshalb ist für die Positionen, die so gekennzeichnet sind, jeweils nur eine Summe für alle zehn Bezirke ausgewiesen.

Wie damit die Bezirke an der Debatte zum städtischen Haushalt mitwirken sollen, ist schleierhaft. Es scheint aber auch so zu sein, dass eine solche Beratung gar nicht erwünscht ist. Jedes Jahr wird zwar in den Bezirken beklagt, dass die Zahlen nicht transparent sind, geändert hat sich aber bisher nichts.

Deshalb hat DIE LINKE in allen Bezirksvertretungen den Antrag gestellt, dass in Zukunft eine für die Vertretungen nachvollziehbare Aufteilung der Zahlen präsentiert wird.

Trotz des bisherigen Mangels, der von allen Parteien erkannt wird, ist der Antrag in einigen Bezirksvertretungen abgelehnt worden. (Vielleicht weil er von der LINKEN stammt?)

Wir werden die Forderung nach Transparenz allerdings so lange wiederholen, bis die Verwaltung die bezirksbezogenen Haushalte entsprechend aufarbeitet.



Die Aussenbezirke veröden

Foto:flickr/liebeslakritze(CC BY-SA 2.0)

Die Bevölkerung muss zahlen... und die Profite der Konzerne werden geschont

Am 4. Dezember zeigte die neue Mehrheit im Stadtrat wohin die Reise geht. Der Düsseldorfer Bevölkerung werden in Zukunft erhebliche Mehrbelastungen durch Gebührenerhöhungen zugemutet.

Die Gebühren für Abwasser, Straßenreinigung und Abfallentsorgung wurden zum 1. Januar 2015 um durchschnittlich 3 % erhöht.

Diese Erhöhungen betreffen alle BewohnerInnen in Düsseldorf. Entweder als MieterInnen über die Nebenkostenabrechnung oder direkt als BesitzerInnen eines Eigentums. Zusätzlich wurden die Friedhofsgebühren ebenfalls erhöht. Abgesehen davon, dass von diesen Gebühren jeder einmal mittelbar betroffen ist, liegen die Friedhofsgebühren in Düsseldorf bereits weit über dem Landesschnitt. Leben und Tod werden für jede/n DüsseldorferIn in Zukunft teurer.

Die hohen Profite der Düsseldorfer Unternehmen sollen demgegenüber weiter geschont werden. Der Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE, die Gewerbesteuer um 10 % zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der LINKEN von

CDU/SPD/FDP und Grüne abgelehnt. Eine breite Koalition im Interesse des Kapitals.

Die Gewerbesteuer ist eine reine Unternehmensgewinnsteuer. Eine Kommune kann die Höhe durch Festlegung des Hebesatzes beeinflussen. Von den großen Städten in der Region hat Düsseldorf mit 440 den niedrigsten Hebesatz, aber die höchsten Unternehmensprofite.

Der Kämmerer der Stadt erwartet für 2015 Unternehmensgewinne in Höhe von 56,77 Mrd. Euro. Davon müssen die Unternehmen bei einem Freibetrag von 23.500 Euro 15,4 % Steuern an die Stadt abführen. Die von der LINKEN beantragte Erhöhung um 10 % bedeutet statt 15,4 % in Zukunft 16,94 %.

Wie wirkt sich das in Euro und Cent aus? Ein kleiner Betrieb, in dem die Gesellschafter als Geschäftsführer mit entsprechendem Gehalt fungieren, erzielt beispielsweise einen zusätzlichen Gewinn von 28.000 Euro. Das bedeutet 69,30 Euro zusätzliche Steuern im Jahr. Ein Konzern mit einem Profit von 12 Mill. würde zusätzlich mit 184.438 Euro belastet. 9.967.200 bleiben im Unternehmen. Es geht also um eine zu-

sätzliche Belastung von 1,54 % für die großen Düsseldorfer Unternehmen. Die kleinen und mittleren werden aufgrund des Freibetrages wesentlich geringer belastet. Wir haben nur versprochen, keine Steuern zu erhöhen, kann die neue Mehrheit aus SPD/Grüne und FDP einwenden. Richtig, Gebühren sind keine Steuern. Aber mit den Gebühren werden alle DüsseldorferInnen, unabhängig von ihrem Einkommen, belastet. Die Gewerbesteuer belastet nur die Profite der Unternehmen. Die geringe Erhöhung, die nur eine Anpassung an die Hebesätze der umliegenden Städte wäre, würde Düsseldorf bis 2018 Einnahmen von über 350 Mill. Euro bringen. 350 Mill. für Kitaplätze, Schulsanierung, Radwegeausbau und ein echtes Sozialticket.

Die neue Ratsmehrheit zieht scham- und hemmungslos der Bevölkerung über Gebührenerhöhungen das Geld aus der Tasche und traut sich an die Milliardenprofite der Konzerne nicht ran. Das ist eine Politik gegen die Bevölkerung. Das hatten wir 15 Jahre mit CDU/FDP in Düsseldorf. Solche Entscheidungen erklären Wahlbeteiligungen, die unter 50 % liegen.

Chaotische Planung Die Gesamtschule der Ampel

In Düsseldorf gibt es zu wenige Gesamtschulen. Seit Jahren werden deutlich mehr Kinder an den vier städtischen Gesamtschulen angemeldet als Plätze vorhanden sind. Für das aktuelle Schuljahr lagen 841 Anmeldungen vor, aus Kapazitätsgründen konnten jedoch lediglich 570 Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden. 271 Kinder wurden abgelehnt, sie können ihre bevorzugte Schulform nicht besuchen.

Diese Tatsache blieb auch SPD, FDP und Grünen nicht verborgen, zur Bereitstellung der erforderlichen Anzahl an Plätzen wollte sie sich jedoch nicht durchringen. Lediglich eine Schulumbau wurde beschlossen, die Sekundarschule Lindenstraße wird zur Gesamtschule. Zum einen wird so allerdings nicht einmal die Hälfte der benötigten Gesamtschulplätze geschaffen (hinzu kommen die wegfallenden Sekundarschulplätze), zum anderen resultiert aus der Umwandlung eine ganze Reihe an Problemen.

Da an der Lindenstraße nicht genügend Platz für eine Gesamtschule ist, wird der Unterrichtsbetrieb auf Dauer an zwei auseinander liegenden Standorten (Lindenstraße 140 und Rosmarinstraße 28) stattfinden – mit allen daraus resultierenden negativen Folgen für die Schülerinnen und Schüler sowie für das Lehrpersonal.

Das Chaos perfekt macht allerdings die Tatsache, dass die Sekundarschule Lindenstraße selbst erst vor zwei Jahren von einer Hauptschule zur Sekundarschule umgewandelt wurde – ebenfalls mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen. Alle Kinder sowie die Lehrerinnen und Lehrer, die sich seitdem für die Sekundarschule entschieden haben, müssen jetzt zur Gesamtschule wechseln. Zu hoffen bleibt, dass die Ampel-Koalition in zwei Jahren nicht erneut ihre Meinung ändert.

Das größte Problem ist jedoch der auch weiterhin bestehende Mangel an Gesamtschulplätzen. Der Elternwille, dem im Schulgesetz ein wichtiger Platz eingeräumt wird, wird auch zukünftig in Düsseldorf nicht umgesetzt. DIE LINKE beantragte daher die Errichtung einer neuen zusätzlichen Gesamtschule, die weiterhin dringend benötigt wird und von vielen Eltern gewünscht ist. SPD und Grüne fanden diese Idee im Gegensatz zu ihrer Oppositionszeit allerdings nicht mehr gut – die Ampel lehnte ab.



Auf der Suche nach der Gesamtschule

Foto: Christoph Brammertz (CC BY 2.0)

Rückkauf von privatisierten Stadtwerke-Anteilen

Es ist nicht der erste Antrag im Stadtrat gewesen, in dem DIE LINKE die Stadtverwaltung aufforderte Verhandlungen über den Rückkauf der privatisierten Anteile an den Stadtwerken Düsseldorf aufzunehmen. 2001 und 2005 beschloss der Stadtrat den Verkauf ihrer mehrheitlichen Anteile an den Karlsruher Energieversorger EnBW. Nun ist der Energiekonzern schon seit längerem bereit ihre 55 % Anteilshabe abzugeben, wenn ein „Investor ein attraktives Angebot macht“, so der EnBW-Chef. Die Stadtwerke bringen seit Jahren zuverlässige Einnahmen. Damit ließe sich nicht nur der Rückkauf finanzieren, langfristig würden die Mehreinnahmen die Stadtkasse aufpolieren. Entscheidend ist jedoch die kommunale Entscheidungsmacht, die mit dem Kauf zurückgelangt werden würde – die Stadtwerke könnten zu einem preisgünstigen, effizienten und ökologischen Energieversorger umgebaut werden. Die Ratssitzung im Oktober lehnte den Antrag der LINKEN ab – offensichtlich haben Grüne, SPD und FDP kein Interesse an ökologischen und kommunalen Veränderungen in der Stadt. DIE LINKE wird sich auch weiterhin für die Rekommunalisierung der Stadtwerke einsetzen.

Düssel-Pass per Post

Immer mehr Menschen in Düsseldorf leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Mit dem Düssel-Pass erhalten diese Menschen Vergünstigungen bei Kultur- und Sportangeboten. Derzeit muss der Großteil der Anspruchsberechtigten den Pass allerdings gesondert beantragen und eine Berechtigung nachweisen. Dieses bürokratische Antragsverfahren hat zur Folge, dass von fast 100.000 Anspruchsberechtigten lediglich 35.000 im Besitz des Passes sind. Die Stadt Hannover hat ein vergleichbares Angebot geschaffen, welches jedoch erheblich unbürokratischer gestaltet ist: Alle Anspruchsberechtigten bekommen den Pass automatisch ohne Antragstellung zugesandt. Im Sozialausschuss beantragte DIE LINKE die Bereitstellung der notwendigen Mittel, um eine automatische Zusendung auch in Düsseldorf zu ermöglichen. Der Antrag wurde von der Ampel-Koalition abgelehnt.

Zu wenig Notunterkünfte für Obdachlose

In Düsseldorf gibt es zu wenige Unterbringungsplätze für Wohnungslose, aktuell sind alle bestehenden Unterkünfte ausgelastet. Der Mangel besteht vor allem deswegen, weil die Stadt in der Vergangenheit viele Plätze für Wohnungslose abgebaut hat. So geht aus einer Ratsanfrage der Fraktion DIE LINKE hervor, dass im Jahr 2010 die Unterkunft Kuthsweg mit 169 Plätzen geschlossen wurde, ein Jahr später die Unterkunft Borbecker Strasse mit 30 Plätzen, im Jahr 2013 folgten dann 100 Plätze auf der Klein- und Forststrasse. Weitere 122 Plätze wurden umgenutzt und stehen ebenfalls nicht mehr für die Unterbringung von Wohnungslosen zur Verfügung. Neu angemietet wurde in dieser Zeit lediglich ein Objekt mit 26 Plätzen. Heute gibt es somit rund 400 Plätze für Wohnungslose weniger als im Jahr 2010. Gleichzeitig steigt landesweit wieder die Zahl wohnungsloser Menschen an. Nach Auskunft der Stadtverwaltung wird der Bedarf an Unterbringungsplätzen für Wohnungslose auch in Düsseldorf weiter zunehmen. Die Situation wird sich somit noch verschärfen. DIE LINKE Ratsfraktion fordert die umgehende Schaffung einer ausreichenden Anzahl an Unterbringungsplätzen und die Erstellung eines Konzepts für die Unterbringung wohnungsloser Menschen in Düsseldorf. Im Februar werden wir einen entsprechenden Antrag in die Gremien der Stadt einbringen.

Eintrittsfreier Tag in Museen

In anderen Städten und Ländern ist es vollkommen normal: Ein wöchentlicher eintrittsfreier Tag in den städtischen Museen und Kultureinrichtungen. Kultur sollte für Jede und Jeden möglich sein, unabhängig vom Geldbeutel. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen sind Eintrittspreise – selbst mit Ermäßigung – jedoch oft eine Hürde. Diese Hürde muss abgebaut und eine barrierefreie Teilhabe an Kultur ermöglicht werden. DIE LINKE beantragte daher im Düsseldorfer Kulturausschuss die Einführung eines wöchentlichen eintrittsfreien Tages in den städtischen Museen und Kultureinrichtungen. Leider sehen CDU, FDP, SPD und Grüne hierfür keine Notwendigkeit, der Antrag wurde abgelehnt.

Kungelei mit Rheinbahn-Wohnungen

Rheinbahn pensionäre bangen um ihre Wohnungen in Kaiserswerth

Zum 1. Mai 2013 verkaufte die Rheinbahn-Immobilien GmbH 75,3 % ihrer Anteile an den 830 Werkwohnungen an eine von der Düsseldorfer Wohnungsgenossenschaft (DWG) gegründete GmbH.

Der Aufsichtsrat der Rheinbahn unter seinem Vorsitzenden Hartnigk (CDU) stimmte dem Verkauf zu. Der Aufsichtsrat der DWG unter seinem Vorsitzenden, dem Düsseldorfer Landtagsabgeordneten Preuss (CDU) stimmte dem Ankauf ebenfalls zu. Der Preis für 75,3 % der 830 Rheinbahnwohnungen betrug 38,5 Mill. Euro. Das sind nicht einmal 46.000 Euro pro Wohnung im Durchschnitt. Ein echtes Schnäppchen für den Düsseldorfer Immobilienmarkt. Der übliche Bestandsschutz für Mieter und Mieterinnen wurde nicht vereinbart.

Die Stadt Düsseldorf hätte die Wohnungen, wie von der LINKEN gefordert, von ihrem Tochterunternehmen ankaufen können. Das wurde von der Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Dirk Elbers (CDU) ebenso wie von den anderen Ratsfraktionen abgelehnt.

So die Vorgeschichte. In 2014 stellte die DWG bei der Verwaltung der Stadt Düsseldorf den Antrag, bis zum Jahresende 2015, dem Ablauf der Mietpreisbindung, 15 Wohnungen in der Verweyenstraße in Kaiserswerth leerstehen zu lassen. Die Stadt genehmigte diesen Antrag.

DIE LINKE fragte im Rat nach den

Gründen. Die Antwort war u. a.: „Die Wohnungen müssen energetisch erüchtigt und die Grundrisse den aktuellen Wohnbedürfnissen entsprechend umgestaltet werden, so dass der Bestand wieder marktgängig ist.“ Eine Nachfrage nach den Folgen für die MieterInnen ergab, dass noch nicht geklärt ist, ob die Wohnungen modernisiert oder durch Neubauten ersetzt werden.

Bei beiden Möglichkeiten muss befürchtet werden, dass die Wohnungen für die jetzigen Mieter und Mieterinnen nicht mehr bezahlbar sind. Der wahrscheinlich vorgesehene Abriss der Häuser wurde in der ersten Antwort mit einer Umgestaltung des Grundrisses und in der zweiten Antwort mit Ersetzung durch Neubauten umschrieben. Mit den betroffenen BewohnerInnen wurde noch

kein Wort gewechselt und ohne die Nachfragen der Ratsfraktion DIE LINKE hätten sie bis heute nichts erfahren.

Es handelt sich hierbei überwiegend um Pensionäre und Pensionärinnen der Rheinbahn, die oft schon seit Jahrzehnten in den Wohnungen leben.

Sie haben jetzt eine Initiative gegründet, um Ihre Wohnungen zu erhalten und um hohe Mietsteigerungen abzuwehren. Der solidarische Widerstand gegen die Folgen schwarzen Filzes in der Wohnungswirtschaft ist die einzige Möglichkeit, das Recht auf bezahlbaren Wohnraum gegen die Profitinteressen durchzusetzen.

Dass die Stadt Düsseldorf die 830 Wohnungen nicht selbst gekauft hat zeigt, dass das Ganze offensichtlich eine CDU-Kungelei war.



Die Waldschänke erhalten

Bürgerinitiative kämpft gegen den Abruch

Die Waldschänke in Vennhausen ist seit 90 Jahren Mittelpunkt und sozialer Treffpunkt der Siedlung Freiheit. 1919 gründete Albert Schöndorff den Arbeiter-Bauverein „Freiheit“ aus dem die Wohnungsgenossenschaft WOGEDO hervorging. Es begann der Bau der ersten von 400 Häusern und der Waldschänke. 1938 wurde Schöndorff als Jude aus der Genossenschaft ausgeschlossen. Er floh nach Amsterdam, wurde verhaftet und 1942 im KZ umgebracht.

Die Siedlung Freiheit ist ein beeindruckendes Beispiel genossenschaftlicher Wohnungskultur in Düsseldorf. Dies erkannte auch der Rat der Stadt Düsseldorf im Jahr 1984 und hat das Siedlungsgebiet als Erhaltungsgebiet festgesetzt. Dies bedeutet, die bauliche Struktur der Siedlung muss erhalten bleiben.

2011 gab der Pächter der Waldschänke aus Altersgründen auf. Ein Nachfolger wurde von der WOGEDO nicht ernsthaft gesucht oder gefunden. So wurde das Gebäude mit den Jahren

immer baufälliger und sanierungsbedürftig. Die WOGEDO verkaufte die Liegenschaft, auf der die Waldschänke steht, an die Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft mbH. Diese will auf dem Grundstück neun freifinanzierte Luxuswohnungen bauen.

Die Verwaltung der Stadt Düsseldorf stellte am 2. September 2014 in der Bezirksvertretung 8 den Antrag auf Abruch der Waldschänke. Unter Verweis auf die Erhaltungssatzung lehnte die Bezirksvertretung den Antrag ab. Jetzt schaltete sich Oberbürgermeister Geisel ein und widersprach dem Beschluss mit der Begründung, bei Verweigerung des Abrisses sei das Wohl der Stadt Düsseldorf gefährdet. Inzwischen hatten sich die Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung zu einer Bürgerinitiative zusammengefunden und begannen für ihre Waldschänke zu kämpfen. Über 1.100 Unterschriften sammelten sie für den Erhalt der Waldschänke.

In mehreren Treffen mit den Mitgliedern der Bezirksvertretung und der Bürgerinitiative versuchte Oberbürger-

meister Geisel von der Notwendigkeit des Abbruchs zu überzeugen. Ohne Erfolg, die Bezirksvertretung lehnte erneut ab. DIE LINKE stellt insbesondere in Frage, ob der Erhalt einer Gaststätte das Wohl der Stadt Düsseldorf gefährdet. Auch neun Luxuswohnungen tragen nicht zur Behebung der Wohnungsnot in Düsseldorf bei.

Nachdem in den Medien mittlerweile die Frage gestellt wurde, ob das rigorose Vorgehen des Oberbürgermeisters Zeichen des „neuen“ Stils im Rathaus sei, wurde die schon vorbereitete Verwaltungsvorlage über den Abriss der Waldschänke auf der Ratssitzung zurückgezogen.

Oberbürgermeister Geisel lud zum 18. November zu einem Runden Tisch ins Rathaus ein. Sehr eindrucksvoll trug die Bürgerinitiative vor fast 100 Anwesenden ihre Bedenken vor. Es wurde vereinbart, dass Bürgerinitiative und die Investoren sich zusammensetzen, um eine Lösung zu finden. Die kann allerdings nur auf den Erhalt der Waldschänke hinauslaufen.

Ein offener Brief

Initiativen stellen sozialpolitische Forderungen

Vertreterinnen und Vertreter des „Initiativkreises Armut“ (ein Zusammenschluss von Menschen aus rund 20 Düsseldorfer Initiativen) und des „Bündnis‘ für bezahlbaren Wohnraum“ schickten Ende vergangenen Jahres ei-

Dringender Handlungsbedarf besteht demnach bei einer ganzen Reihe von Themen. Genannt werden beispielsweise der Mangel an städtischem Notwohnraum für wohnungslose Menschen und die Verbesserung der medizinischen

Unterbringung geachtet und auf Sammelunterkünfte verzichtet werden. Die soziale Betreuung der Flüchtlinge müsse ausgebaut und ein Angebot von Deutschkursen für alle Flüchtlinge eingerichtet werden.

Bei der Wohnungspolitik wird ein Ende der Privatisierung städtischer Immobilienbestände und Liegenschaften gefordert. Stattdessen solle die Stadt die wenigen vorhandenen Flächen mithilfe eines kommunalen Wohnungsbauprogramms selbst bebauen oder auf Erbpachtbasis an Genossenschaften mit Verträgen zur Mietpreisbegrenzung von 5,- Euro pro Quadratmeter vergeben. Um dem Leerstand von privatem Wohnraum entgegenzuwirken, ist aus Sicht der Initiativen eine Zweckentfremdungsverordnung einzuführen.

Die Forderungen des „Initiativkreises Armut“ und des „Bündnis‘ für bezahlbaren Wohnraum“ decken sich mit den Vorstellungen der Fraktion DIE LINKE. Wie in diesem Rheinblick nachzulesen, griffen wir bereits viele Forderungen auf, z.B. im Bereich der Flüchtlings- oder Wohnungspolitik. Weitere Themen werden wir in die nächsten Sitzungen des Düsseldorfer Rates und der Ausschüsse einbringen. Wir bedanken uns für die Anregungen und Unterstützung der Initiativen. Der vollständige Forderungskatalog kann auf ik-armut.de unter „Pressemitteilungen“ eingesehen werden.



Platz ist genug da

Foto: Bündnis für bezahlbaren Wohnraum

nen offenen Brief an den Düsseldorfer Oberbürgermeister und die Fraktionen des Rates. Dem Brief beigelegt war eine Aufstellung verschiedener sozialpolitischer Themenfelder bei denen dringender Handlungsbedarf besteht. Änderungen müssen aus Sicht der Initiativen schnell in Angriff genommen werden, bei der Realisierung boten sie ihre Unterstützung an.

Versorgung dieser. Für Drogengebrauchende solle die zusammengeschrumpfte städtische Substitutionstherapie wieder ausgebaut und die seit langem beschlossene Heroinambulanz endlich eingerichtet werden.

Im Bereich der Flüchtlingshilfe wird ein zügiger Ausbau der Unterbringungsplätze gefordert. Hierbei solle auf eine dezentrale, qualitativ angemessene

Ulmer Höh´

Die verpasste Chance für bezahlbaren Wohnraum

In Derendorf sollen an der Ulmenstraße ca. 450 Wohnungen entstehen. Das Projekt soll auf dem Grundstück des ehemaligen Gefängnisses Ulmer Höh´ und zwei angrenzenden Grundstücken auf einer Fläche von insgesamt ca. 4,5 Hektar realisiert werden. Das größte Grundstück, das ehemalige Gefängnis, gehört dem Land NRW, die anderen beiden der AWISTA und dem SKFM (Sozialdienst katholischer Frauen u. Männer e.V.).

Aufgrund der Größe des Bauvorhabens und der Lage wäre es vorzüglich geeignet, um dort in erster Linie bezahlbaren Wohnraum entstehen zu lassen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür hat das Land NRW geschaffen. Bis vor kurzem war das Land verpflichtet, Grundstücke zum Höchstpreis zu verkaufen. Durch eine Gesetzesänderung kann das Land nun Grundstücke an Kommunen zum Verkehrswert verkaufen, wenn sichergestellt ist, dass mindestens 30 % Sozialwohnungen errichtet werden.

Bereits im März 2014 hat die SPD gefordert, dass die Stadt die Sonderkonditionen des Landes nutzen und das Grundstück kaufen solle. DIE LINKE hat diese Forderung unterstützt und darü-



Städtebaulicher Wettbewerb
Ulmer Höh´ - Düsseldorf Derendorf

März 2014 | September 2012

Schöne Pläne wurden gemacht

ber hinaus gefordert, dass die Stadt auch die Grundstücke der AWISTA und des SKFM kaufen solle. Nur so lässt sich die gesamte Fläche unter dem Gesichtspunkt des bezahlbaren Wohnraums entwickeln.

Die Forderungen nach 30 % (SPD) bzw. 50 % (DIE LINKE) Sozialwohnungen haben die Grünen umgehend zurückgewiesen. Schließlich hat die Stadt das sogenannte Handlungskonzept Wohnungsmarkt. Und danach sind nur 20 % Sozialwohnungen vorgesehen. Dass damit für das Landesgrundstück nicht die Sonderkonditionen genutzt werden können, interessiert nicht. Da auch die FDP generell dagegen ist, dass die Stadt Grundstücke ankauft, wird die SPD bald ihre Forderungen aufgeben. Denn die Ampel aus SPD, Grünen und FDP hat sich versprochen, bei allen Entscheidungen gemeinsam abzustimmen. Das SKFM-Grundstück ist im November an einen unbekanntem Investor verkauft worden. Für das AWISTA-Grundstück soll es auch schon Interessenten geben.

Masterplan Kulturbauten

In den letzten Jahren gab es immer wieder Probleme mit Reparaturen und Sanierungen in den für Kultur genutzten Gebäuden in Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE beantragte deshalb im Bauausschuss, in den Haushalt für 2015 Mittel für die Erstellung eines „Masterplan Kulturbauten“ einzustellen. Damit soll eine Bestandsaufnahme durchgeführt, der finanzielle Bedarf sowie ein Zeitplan für die Sanierung der Gebäude festgelegt werden. Dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Stattdessen verabschiedete die Ampel-Koalition einen Monat später, in der Haushaltssitzung des Rates, die Einrichtung einer Projektgruppe zur Sanierung aller städtischen Gebäude, also auch der Kultureinrichtungen. Diese soll zunächst einen Sanierungsplan erstellen und dann über Maßnahmen beraten. Über Geld zur Sanierung wurde nicht geredet. Es ist außerdem unklar, wie diese Projektgruppe arbeiten soll. Es wird von einer Beteiligung von Dezernenten, Fraktionsmitgliedern, den Fachausschüssen sowie den NutzerInnen der Gebäude gesprochen. Da es in Düsseldorf bekanntlich viele sanierungsbedürftige Gebäude gibt, wird diese Projektgruppe scheinbar völlig überladen. Sanierungsarbeiten werden damit auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE,
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Satzung gegen Wohnungsleerstand

In Düsseldorf gab es mehrere Versuche, eine Satzung gegen Zweckentfremdung und Leerstand bei Wohnungen durchzusetzen. Bis zur Kommunalwahl im Mai 2014 sind diese Versuche an der Ratsmehrheit von CDU und FDP gescheitert. Nicht nur DIE LINKE, sondern auch die SPD und die Grünen haben mit der Forderung nach einer entsprechenden Satzung Wahlkampf gemacht. So wäre es eigentlich logisch gewesen, dass nach der Wahl mit anderen Mehrheiten die Einführung der Satzung endlich angegangen werden könnte. So dachten wir und haben als Ratsfraktion im Wohnungsausschuss einen entsprechenden Antrag eingebracht. LINKE, SPD und Grüne hätten in diesem Ausschuss die Mehrheit. Zunächst haben die Grünen eine Vertagung des Antrages durchgesetzt. Man wollte die Verhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP zu einer Kooperation im Stadtrat nicht gefährden. Bei der nächsten Sitzung hat die SPD eine Vertagung beantragt. Die Verhandlungen zur Kooperation waren noch nicht beendet. Zum Zeitpunkt der dritten Sitzung war es zu einer Übereinkunft gekommen, die Kooperation stand. Allerdings hatten sich die drei Parteien verpflichtet, bei allen anstehenden Abstimmungen gemeinsam abzustimmen. Die FDP ist gegen eine Satzung gegen Wohnungsleerstand, also haben auch SPD und Grüne gegen unseren Antrag gestimmt. Und damit gegen ihre bisherige Politik. Zu erwähnen ist, dass es in Düsseldorf einen Leerstand von ca. 14.000 Wohnungen gibt.

Wo fährt sie denn?

Die Linie 708 und das Y

In der letzten Ratssitzung verkündete der Verkehrsdezernent den Starttermin der Wehrhahnlinie: ab Februar 2016 soll die U71, U72 und U73 auf der neuen Strecke vom S-Bahnhof Bilk bis zum Wehrhahn rollen.

Das Großprojekt wurde unter OB Eibers gestartet und fuhr ständig Kritik ein. Abgesehen davon, dass sich die

Straßenbahnen zeitweise dieselbe Strecke fahren ist nichts Ungewöhnliches in einer Großstadt, sollte man meinen.

Nach starkem Widerstand der betroffenen Bezirksvertretungen und Unterschriftenaktionen von BürgerInnen, verabschiedete die Ampel eine „Y“-Lösung, die übereilt und chaotisch wirkt und nach einem Jahr enden soll. Die

werden. Es wird sicher nicht nur einmal passieren, dass man aus Versehen in die falsche Bahn steigt. Auch der Rheinbahnchef kritisiert diesen neuen Plan: „Die Flügel-Variante ist (...) die schlechteste aller Lösungen“.

Abgerundet wird das Vorhaben mit dem Deckmantel der BürgerInnenbeteiligung. Die Rheinbahn soll eine „externe Evaluation“ durchführen, die unter anderem über Fahrgastbefragungen den Probebetrieb analysieren soll. Die Ergebnisse sollen drei Monate vor Ablauf der Probezeit vorliegen. Da die Befragung noch ausgewertet werden muss und die Ergebnisse in verschiedenen Gremien vorgestellt werden, ist davon auszugehen, dass die Testphase effektiv nur sechs Monate dauern wird. Generell ist die Rheinbahn ja dafür bekannt, ihre Fahrgastbefragungen so zu gestalten, dass sie das gewünschte Ergebnis erhält. Zuletzt geschah dies zur Einführung des Verbots von Essen und alkoholischen Getränken in der Bahn.

Das „Ergebnis“ wird sein, dass die Linie 708 eingestellt wird. Damit hat die Rheinbahn und die Stadtverwaltung den Streckenplan, den sie immer haben wollte und die Politik kann sich damit brüsten, dass sie es immerhin versucht hat, die Linie 708 zu erhalten.

DIE LINKE setzt sich für den dauerhaften Erhalt der Linie 708 ein und forderte dies bereits im Stadtrat. Auch wurde das Großprojekt Wehrhahnlinie von Anfang an abgelehnt. An anderen Stellen wird Geld eingespart, während 840 Mio. Euro in ein Prestigeprojekt des öffentlichen Nahverkehrs gesteckt wird. Schon jetzt wird deutlich: die Wehrhahnlinie führt zu einer Verschlechterung des Angebots des ÖPNV. DIE LINKE steht für ökologischen und sozialen ÖPNV, der im Interesse der Bevölkerung geplant wird.



Finde das Y

Foto: flickr/www.manoftaste.de(CC BY 2.0)

Kosten von ursprünglich 360 Mio. Euro auf mindestens 840 Mio. Euro mehr als verdoppelt haben, wird die Streckenführung mehrerer Straßenbahnlinien komplett durcheinandergewirbelt. Die Linien 706 und 715 werden in Zukunft nicht mehr die Altstadt anfahren, die Linie 708 soll gleich ganz abgeschafft werden. Die neue U71 wird sie angeblich überflüssig machen, da die Strecke zwischen Grafenberger Allee und Heinrichstraße parallel befahren würde. Dass

Linie 708 darf zunächst als „zwölfmonatiger Testlauf“ weiter fahren. Jedoch nur wochentags, im 20-Minuten Takt und bis 22 Uhr. Ausgeglichen werden soll dies mit der U71, neuerdings als Y-Linie bekannt. Das „Y“ symbolisiert die Aufspaltung der Bahn. Ab der Haltestelle Wehrhahn soll die U71 abwechselnd zur Heinrichstraße (Rath) und zum Gerresheimer Krankenhaus fahren, jeweils alle 20 Minuten. Damit soll eine „Überlastung“ der Strecke vermieden

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein